

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

die Folgen der Pandemie haben unser Leben in den letzten Monaten massiv beeinträchtigt. Um das Leben und die Gesundheit der Menschen zu schützen, mussten wir teilweise weitreichende Einschränkungen beschließen. Gleichwohl gilt ein zentrales Gebot unseres Rechtsstaates: Wenn von bestimmten Personengruppen keine Infektionsgefahr mehr ausgeht, sind Grundrechtseinschränkungen nicht mehr zu rechtfertigen.

Und da hinreichend belegt ist, dass vollständig geimpfte und an Covid-19 genesene Menschen (sechs Monate nach ihrer Gesundung) andere höchstwahrscheinlich nicht mehr infizieren, können Grundrechtseinschränkungen für diese Personengruppen nicht mehr gelten – sie sind weder notwendig noch begründbar. Auf unseren maßgeblichen Druck hin hat die Bundesregierung an einer Rechtsverordnung gearbeitet, durch die vollständig Geimpfte und Genesene ihre Freiheitsrechte schnell wieder zurückbekommen. Die Verordnung soll noch in dieser Woche im Bundestag und Bundesrat beschlossen werden.

Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass die Möglichkeit, sich impfen zu lassen, nicht zur sozialen Frage wird. Solange der Impfstoff noch knapp ist, sollte deshalb die bisher geltende Impfreiheitsfolge auch beibehalten werden.

Anders als CDU/CSU haben wir die Folgen der Corona-Pandemie für Kinder und Jugendliche immer im Blick behalten. Wir alle wissen, dass sie in dieser Zeit die besonders Leidtragenden sind: Geschlossene Kitas, Schulen und Sportstätten isolieren junge Menschen und bringen sie an ihre Belastungsgrenzen. Umso mehr müssen wir jetzt dafür tun, damit Lernrückstände aufgeholt werden und Angebote für Ferien, Freizeit und Sport gemacht werden können. Mit dem zwei Milliarden schweren Aufholpaket sorgen wir dafür. Und ganz besonders nehmen wir diejenigen in den Blick, die vorher schon benachteiligt waren – unter anderem mit einem Kinderfreizeitbonus von einmalig 100 Euro je Kind. Er soll im Herbst an Kinder gehen, die im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) bezugsberechtigt sind, weil ihre Eltern Grundsicherung beziehen oder nur wenig verdienen.

Ich wünsche Euch viel Spaß beim Lesen und bleibt gesund!

Mit herzlichen Grüßen



Euer Johannes



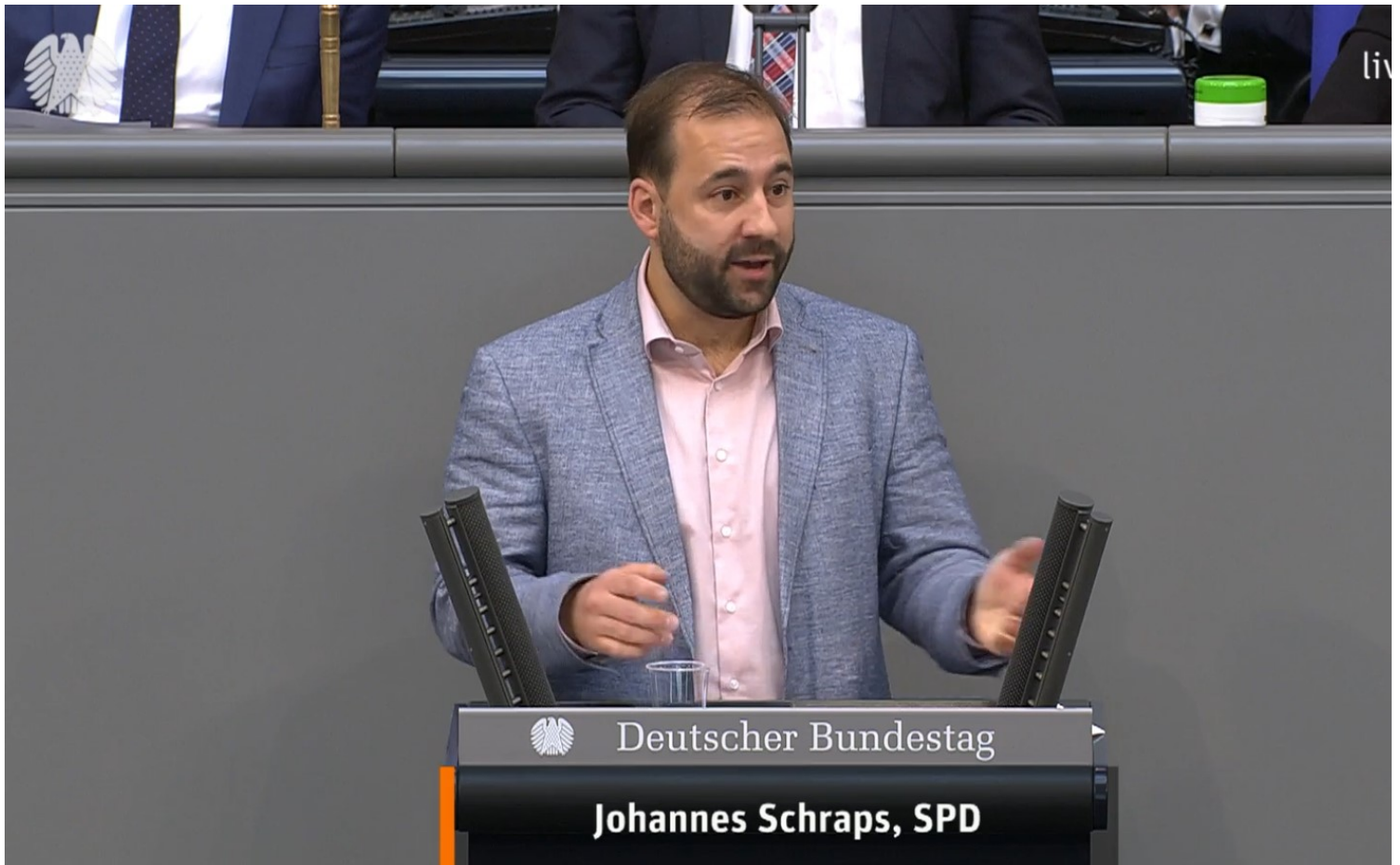
Inhaltsverzeichnis

- Seite 2** — Rede zu den angekündigten Entlassungen im Sana-Klinikum
- Seite 3** — 2,46 Millionen Euro Bundesmittel für die Sanierung der Sportanlage in Emmerthal
- Seite 4** — Müsliriegel-Verteilaktion zu den Abiturprüfungen
- Seite 5** — Dominik Peters ist unser Bürgermeisterkandidat für Emmerthal
- Seite 6** — Gespräch mit dem slowakischen Außenminister Ivan Korčok
— Gespräch mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des georgischen Parlaments
- Seite 7** — Themenausblick Bundestag
- Seite 8** — Kundgebungen am 1. Mai.
#solidaritätistzukunft

Ihr findet mich auch bei:



REDE ZU DEN ANGEKÜNDIGTEN ENTLASSUNGEN



Die angekündigte Massenentlassung der Sana-Klinikum AG bis Ende dieses Jahres wird auch 36 Beschäftigte in Hameln treffen. Am Mittwoch hat sich der Deutsche Bundestag in seiner aktuellen Stunde mit den geplanten Entlassungen der Sana Klinikum AG befasst. In der Pandemie hat die Bundesregierung die Krankenhäuser mit Milliarden unterstützt und nun lässt Sana jegliches Verantwortungsgefühl gegenüber den Beschäftigten vermissen. Mit erhöhtem Arbeitsaufwand und schlechterer Versorgungsqualität werden damit auf dem Rücken von Patientinnen und Patienten und auf Kosten der Beschäftigten massive

Einsparungen vollzogen, um die Profite der Anteilseigner zu steigern.

Auch Barbara Fahncke, unsere Kreisvorsitzende der SPD Hameln-Pyrmont und Constantin Grosch, unser Fraktionsvorsitzender im Kreistag haben sich deutlich geäußert:

„Durch Corona werden viele Missstände aufgedeckt. So auch im Bereich der Gesundheitsvorsorge und der Krankenhauslandschaft. Wir müssen davon abkehren, dass Krankenhäuser nur Gewinne einfahren. Wir müssen hier endlich einen Neustart wagen und uns von der immer weiter steigenden Ökonomisierung

unseres Gesundheitssystems verabschieden.“

„Die SPD-Kreistagsfraktion akzeptiert in keinsten Weise die Entscheidung der Entlassungen. Obwohl der Landkreis mit 49 % am Sana Klinikum Hameln beteiligt ist, liegt das operative Geschäft ausschließlich bei der Sana, aber das Thema muss jetzt und hier angesprochen werden. Eine sofortige Sitzung des Aufsichtsrates mit dem Landkreis ist erforderlich.“

Hier kann man sich meine gesamte Rede ansehen:

www.youtube.com/watch?v=d8ruBlBG2fA

2,64 MILLIONEN EURO BUNDESMITTEL FÜR DIE SANIERUNG SPORTANLAGE EMMERTHAL

2.640.000 EURO BUNDESMITTEL FÜR DIE SANIERUNG DER SPORTANLAGE IN EMMERTHAL



JOHANNES-SCHRAPS.DE

ULRICH-WATERMANN.DE

SPD
 Soziale
 Politik für
 Dich.

Leichtathletikelementen, die Anlage von Trendsportbereichen, ein Kleinspielfeld und die Umgestaltung des Gastro- und Freizeitbereichs als Treffpunkt für die verschiedenen Nutzergruppen.

Ich freue mich sehr, dass ich mich erfolgreich für diesen umfangreichen Zuschuss für Emmerthal einsetzen konnte. Kommunale Sportstätten und Sportvereine wie der in Emmerthal sind mit ihrem gesamten Umfeld außerordentlich wertvolle Begegnungsorte, die gerade in dieser Zeit unsere Unterstützung benötigen. Deshalb war es

Der Bund fördert mit 2,64 Millionen Euro die Erneuerung der Sportanlage in Emmerthal. Das sind sehr gute Nachrichten für Emmerthal und das Weserbergland. Gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Ulrich Watermann habe ich mich schon seit längerem für eine Förderung über Bundes- oder Landesmittel eingesetzt. Nun ist es gelungen, das Projekt im Rahmen der Sportstättenförderung des Bundes zu verankern. In dieser Woche hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags eine Förderung für die Sanierung der Sportanlage in Emmerthal mit bis zu 2.642.000 Euro beschlossen. Damit trägt der Bund bis zu 90 Prozent der geschätzten Ge-

samtkosten von 2.935.423 Euro. Die Sportanlage wurde vor ca. 40 Jahren errichtet und soll heute an geänderte Nutzungsbedürfnisse angepasst werden. Die Gemeinde Emmerthal plant gemeinsam mit dem Sportverein TSG Emmerthal das Projekt "Emmerspitze" in verschiedenen Bauetappen umzusetzen. Es ist geplant den abgängigen Hartplatz in einen Kunstrasenplatz inkl. Flutlichtanlage und Tribüne umzuwandeln. Der Kunstrasenplatz für fußballtreibende Vereine bildet einen elementaren Bestandteil dieser umfassenden Maßnahme und ist der Ausgangspunkt für die weiter folgenden Anpassungsmaßnahmen. Es folgt die Anlage von

uns ganz wichtig, die Kommunen bei ihren Sanierungsvorhaben nicht alleine zu lassen, gezielt und spürbar in die soziale Infrastruktur zu investieren, und damit den sozialen Zusammenhalt vor Ort zu stärken. Es ist ein gutes Zeichen für den Vereinsport, den Breitensport und für das gesamte soziokulturelle Leben in der Gemeinde und für alle die sich ehrenamtlich engagieren, dass es mit dieser maßgeblichen Bundesförderung geklappt hat. Hier zeigt sich erneut, wie wichtig die enge Zusammenarbeit vom Bund über das Land bis hin zu den politischen Verantwortungsträgern auf der kommunalen Ebene ist.

MÜSLIRIEGEL-VERTEILAKTION ZU DEN ABITURPRÜFUNGEN



Für viele Schülerinnen und Schüler haben in der letzten Woche die Abiturprüfungen begonnen. Unter ganz besonderen Herausforderungen startete bereits der zweite Corona-Abiturjahrgang. Sicher sind die Voraussetzungen für viele nicht ganz einfach gewesen. Abi ist ohnehin schon Stress genug. Aber in diesem Jahr kamen noch ein paar er-

schwerende Herausforderungen dazu. Distanzunterricht, Lernen unter erschwerten Bedingungen und strengere Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen. Hut ab für so viel Verständnis, Einsatz, Engagement und Leistung! Da es aber erlaubt war, die Maske zum Essen und Trinken abzunehmen, habe ich mir etwas ganz Besonderes einfallen lassen. Zusam-

men mit den Jusos haben ich an den Gymnasien in meinem Wahlkreis Studentenfutter als gesunde Stärkung an die Abiturientinnen und Abiturienten verteilt. Ich hoffe, die energiereiche Nervennahrung konnte den Prüfungsstress etwas lindern und alle Abiturientinnen und Abiturienten sind gut durch die Abiturprüfungen gekommen.

UNSER BÜRGERMEISTERKANDIDAT FÜR EMMERTHAL: DOMINIK PETERS



wendigen Verwaltungskenntnisse. Weil er der richtige für Emmerthal ist, hat ihn die SPD Emmerthal auch vollkommen zurecht mit 100% Zustimmung zum Kandidaten gewählt. Ich habe seine Nominierung gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Uli Watermann und unserem Landrat Dirk Adomat bei der Open Air-Veranstaltung auf der Neuen Mitte in Emmerthal unterstützt und zwischenzeitlich die Sit-

Mit Dominik Petters haben wir für Emmerthal einen richtig starken Bürgermeisterkandidaten aufgestellt. Bereits mit unserem aktuellen Bürgermeister Andreas Grossmann habe ich in den vergangenen Jahren eng und absolut vertrauensvoll zusammengearbeitet. Die erst in dieser Woche final beschlossenen Fördergelder des Bundes für die Sanierung der Sportanlage in Emmertal sind Ausdruck für diese tolle Zusammenarbeit. Auch im Bereich des Denkmalschutzes mit der Sanierung von Dach und Fassade am Schloss Hämelschenburg und im Bereich der Vergangenheitsbewältigung mit der Unterstützung des Bundes für das Projekt des Dokumentations- und Lernortes am Bückeberg hat diese Zusammenarbeit Früchte getragen. Ich würde mir sehr wünschen, wenn ich diese Arbeit in Zukunft mit

Dominik Petters nahtlos fortsetzen könnte.

Er bringt alle Voraussetzungen im politischen Bereich mit, um die Gemeinde Emmerthal mit viel Umsicht zu führen und hat durch seine Erfahrungen aus der Landkreisverwaltung auch alle not-

wendigen Kenntnisse. Weil er der richtige für Emmerthal ist, hat ihn die SPD Emmerthal auch vollkommen zurecht mit 100% Zustimmung zum Kandidaten gewählt. Ich habe seine Nominierung gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Uli Watermann und unserem Landrat Dirk Adomat bei der Open Air-Veranstaltung auf der Neuen Mitte in Emmerthal unterstützt und zwischenzeitlich die Sit-

zungsleitung von der Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Juliane Schrell übernommen.

Weitere Informationen zu Dominik Petters findet ihr unter:

www.spd-emmerthal.de/dominikpetters



GESPRÄCH MIT DEM SLOWAKISCHEN AUßENMINISTER IVAN KORČOK



Am Dienstag, 27. April, hatte ich die Möglichkeit, mich mit Ivan Korčok, dem Außenminister der Slowakei, auszutauschen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die deutsch-slowakischen

Beziehungen und die Situation mit Blick auf die COVID-19-Pandemie in unseren Ländern. Aber auch die aktuell beunruhigende Lage mit der erhöhten russischen Truppenpräsenz an den Grenzen zur Ost-Ukraine und einige weitere außenpolitische Fragestellungen. Es hat mich gefreut, dass der Austausch im Rahmen eines Gesprächs der Körber-Stiftung digital stattfinden konnte. Es war auch auf diesem Wege ein sehr gehaltvolles Gespräch. Dennoch würde ich mich natürlich freuen, wenn man sich beim nächsten Mal auch wieder persönlich treffen könnte.

GESPRÄCH MIT DEM VORSITZENDEN DES AUSWÄRTIGEN AUSSCHUSSES DES



Eine wahre Seltenheit in unserer Realität: ein physischer Termin! Gestern habe ich zusammen mit meinem Kollegen Christian Petry den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des georgischen Parlaments Nikoloz Samkharadze getroffen. Herr Samkharadze hat es geschafft nach Berlin zu fahren, um bilaterale Gespräche vor Ort führen zu können - selbst wenn nur in kleinen Gruppen und mit Abstandsregeln. Als Berichterstatter für Geor-

gien habe ich mich über diese Möglichkeit natürlich gefreut. Wir haben ein sehr offenes Gespräch über die Corona-Situation in Georgien, die geopolitischen Lage in Südkaukasus sowie die Zukunft der Östlichen Partnerschaft geführt. Auch die Reformen in Georgien, zum Beispiel die Justizreform waren das Thema. Es bleibt nur zu hoffen, dass wir uns diesen Sommer auf der traditionellen internationalen Konferenz in Batumi treffen werden!

Steuerbetrug wird erschwert

In dieser Woche hat der Bundestag in 2./3. Lesung über das Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz beraten und dieses beschlossen. Mit dem Gesetz soll Betrug bei der Erstattung von Kapitalertragsteuern bekämpft werden.

So erhält das Bundeszentralamt für Steuern künftig ergänzende Informationen von den Finanzinstituten, die mit der Abführung und Bescheinigung der Kapitalertragsteuer befasst sind. Außerdem wird das Verfahren zur Betrugsbekämpfung ab dem Jahr 2021 digitalisiert. Auf diese Weise soll eine Neuauflage organisierter Steuerhinterziehungen verhindert werden. Denn in der Vergangenheit haben Cum/Ex-, Cum/Cum- oder Cum/Fake-Geschäfte enormen Schaden verursacht.

Die Klausel zur Bekämpfung der unberechtigten Inanspruchnahme von steuerlichen Vorteilen aus Doppelbesteuerungsabkommen (sog. treaty shopping) wird an die europäische Rechtsprechung angepasst, ohne ihre praktische Wirksamkeit einzubüßen. Dem punktuellen Handlungsbedarf im Außensteuer-, Umwandlungssteuer- und im Steuerverfahrensrecht wird durch angemessene Regelungen begegnet. Außerdem wird im Gesetzentwurf eine steuerliche Entlastung von kleinen und mittelständischen Bierbrauereien geregelt.

Für ein starkes und faires Handwerk

Seit 2003 unterscheidet das Handwerksrecht zulassungspflichtige und zulassungsfreie Handwerke. Zulassungspflichtig bedeutet, einen Meister vorweisen zu müssen, um einen selbstständigen Betrieb betreiben zu können. Das gilt beispielsweise für Maurer oder Zimmerer. Da das oftmals einen Wettbewerbsvorteil bringt, wurden vergangenes Jahr zwölf Handwerke wieder zulassungspflichtig. Der Regierungsentwurf, der in dieser Woche abschließend beraten wird, nimmt daraus resultierende Anpassungen in der Handwerksordnung vor. Zudem wird das Meisterprüfungsverfahren flexibilisiert. Die SPD-Fraktion hat die erneute Novellierung dafür genutzt, die Tarifbindung im Handwerk zu stärken. Die Löhne im Handwerk liegen oftmals deutlich unter dem Lohnniveau der Industrie. Außerdem werden künftig die Gewerkschaften und selbstständigen Vereinigungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Prüfungsverfahren beteiligt. Dazu haben wir uns in den parlamentarischen Beratungen intensiv mit den Gewerkschaften abgestimmt.

Die Zukunft der maritimen Wirtschaft

Ca. 90 Prozent des internationalen Warenhandels erfolgt über den Seeweg. Die maritime Wirtschaft ist daher einer der Grund-

pfeiler für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Mit dem Antrag „Klarer Kurs für die Zukunft der maritimen Wirtschaft“ wollen die Koalitionsfraktionen den fairen Wettbewerb in der maritimen Wirtschaft fördern, um so langfristig Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Dem Klimaschutz kommt dabei als Innovationsmotor eine zentrale Rolle zu, etwa durch die umweltfreundliche Erneuerung der öffentlichen Flotte, durch eine Infrastruktur für nachhaltige Antriebstechnologien und die Produktion von alternativen Kraftstoffen. Europa soll bei der Dekarbonisierung der Schifffahrt Vorreiter werden. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, dafür den strategischen Rahmen des Europäischen Green Deals zu nutzen. Ziel ist das Null-Emissionen-Schiff. Aktuelle Schätzungen zufolge befinden sich in deutschen Gewässern rund 1,6 Millionen Tonnen Munition. Die erheblichen Gefahren durch die Altlasten könnten deutlich reduziert werden. Daher fordern die Fraktionen von SPD und CDU/CSU die Regierung in einem weiteren Antrag auf, ein entsprechendes Berräumungskonzept dieser Gewässer zu erstellen. Wegen der großen Menge an Gefahrstoffen und der zu erwartenden Kosten soll die Räumung der Kampfmittel mit Hilfe der maritimen Wirtschaft wissenschaftsbasiert durchgeführt werden.

KUNDGEBUNGEN AM 1. MAI. #SOLIDARITÄTISTZUKUNFT



können. Mittlerweile hat jede und jeder Vierte eine Erstimpfung erhalten. Und das Impftempo nimmt weiter zu. Umso mehr gilt auf den letzten Metern: Solidarisch bleiben. Das Impfen darf nicht zur sozialen Frage werden, sagt Vizekanzler Olaf Scholz: "Niemand hat etwas davon, wenn die noblen Vororte durchgeimpft sind, aber die Pandemie in den sozialen Brennpunkten weiter grassiert." Der wichtigste Impfstoff bleibt Zusammenhalt. Gemeinsam haben wir mit dem Kurzarbeitergeld Millionen Jobs gerettet. Gemeinsam haben wir

harte Monate durchgestanden. Gemeinsam verneigen wir uns vor der Leistung der vielen Frauen und Männer, die den Laden Tag für Tag am Laufen halten. Wir vergessen Euch nicht! Gemeinsam kämpfen wir für bessere Arbeitsbedingungen, für mehr Tarifverträge, starke Betriebsräte und für einen Mindestlohn von 12 Euro.

1.Mai ist jedes Jahr ein Anlass, um unsere Forderungen wieder zu betonen. Wir kämpfen aber jeden Tag dafür - mit oder ohne Pandemie.

Dieses Jahr fand die Kundgebung zum 1. Mai wieder mit eingeschränktem Programm statt. Auch im Weserbergland mit nur ganz wenigen Veranstaltungen. Ich war am 1. Mai in Hameln, habe aber gleichzeitig viele solidarische Grüße auch an alle anderen Mai-Kundgebungen, zum Beispiel nach Holzminden oder Us-lar gesendet.

Wir sind zuversichtlich, dass dies der letzte 1. Mai wird, den wir aufgrund der Pandemie nicht gemeinsam auf die Straße gehen



Büro Hameln
Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden
Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Martin Drelichowski,
Lea Feldhaus, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva